

Bern



Prostitution findet vermehrt in Privatwohnungen statt. Hier bieten sich Prostituierte im Zürcher Niederdorf an. Foto: Alessandro Della Bella (Keystone)

Prostituierte arbeiten in Airbnb-Wohnungen

Sexarbeiterinnen suchen nach bezahlbaren Räumen, wo sie diskret arbeiten können. Weil solche rarer geworden sind, weichen die Frauen auf Ferienwohnungen aus. Dazu nutzen sie auch Internetportale.

Naomi Jones

Dass Prostituierte und ihre Freier ihr Schäferstündchen in Hotels abhalten, ist allgemein bekannt. Doch seit etwa einem Jahr stellt die Kantonspolizei fest, dass Sexarbeiterinnen auch auf dem Internetportal Airbnb, wo Private Zimmer und Wohnungen untervermieten, nach geeigneten Räumen suchen. In der gemieteten Ferienwohnung gehen sie heimlich ihrem Gewerbe nach. Dies schreibt die Kantonspolizei im Bericht der Kommission für das Prostitutionsgesetz (Kopg).

Auf Anfrage hat Laura Martinello, Chefin der Spezialfahndung von der Berner Kantonspolizei, dies gestern präzisiert. Bei Kontrollen hätten einige Frauen angegeben, in Wohnungen zu arbeiten, die sie über Airbnb gemietet hätten. Dabei handle es sich um Einzelfälle. Doch solche Fälle würden seit rund einem Jahr immer wieder festgestellt.

Airbnb kennt keine Toleranz

Die Meldung muss insbesondere Vermieter und Vermieterinnen von Ferienwohnungen aufhorchen lassen. Ist es möglich, dass die sympathische Mieterin während der Ferien in der Wohnung ein Bordell betreibt? Marinello bestätigt, dass dies durchaus geschehen könnte. «Die Prostituierten mieten eine Wohnung, ohne den Nutzungszweck anzugeben.»

ben.» Die Kaderbeamtin weist aber gleichzeitig darauf hin, dass der Vermieter es zumindest vertraglich verbieten könnte, dass die Wohnung zu gewerblichen Zwecken genutzt werde oder dass gar sexuelle Dienstleistungen darin angeboten würden.

Nick Wilkins, Sprecher von Airbnb, kennt das Problem. Solche Fälle seien äusserst selten, sagt er. Doch wenn ein entsprechender Fall gemeldet werde, reagiere man schnell und sperre das Angebot für den Übeltäter. «Wir betreiben in solchen Dingen eine Null-Toleranz-Politik», sagt Wilkins.

Gesetz verknappt Raum

Martha Wigger von der Fachstelle Sexarbeit Xenia vermag die Nachricht nicht zu erstaunen. «Ich habe zwar keine Klientinnen, die in Wohnungen von Airbnb arbeiten», sagt sie. Doch das heisse nicht, dass es keine gebe.

Vor fast eineinhalb Jahren ist das Gesetz über das Prostitutionsgewerbe in Kraft getreten. Das Gesetz bedeute für selbstständig arbeitende Frauen einen höheren administrativen Aufwand. Diesen könnten oder wollten einige nicht leisten. Ausserdem fordere die Betriebsbewilligung für einen kleinen Salon eine verantwortliche Person. Das wiederum schaffe eine Hierarchie in gleichberechtigten Arbeitsgemeinschaften, was die Frauen oft nicht wollten.

Vor allem aber seien die Mieten in Lokalen mit Bewilligung für Sexarbeit gestiegen. Durch die Bewilligungspflicht sei die Zahl der Lokale gesunken, was den Arbeitsraum für Sexarbeiterinnen verknappe. Dadurch sei dieser teurer geworden. Deshalb würden die Prostituierten vermehrt in privaten Wohnungen arbeiten, obwohl dies illegal sei. Eine auf Airbnb gemietete Ferienwohnung biete dasselbe wie eine Privatwohnung, sagt Wigger. «Die Sexarbeiterinnen brauchen Räume, die bezahlbar sind und wo möglichst niemand merkt, dass sie dort arbeiten.»

«Die Prostituierten mieten, ohne den Zweck anzugeben,»

Laura Martinello, Kantonspolizei Bern

Auch die Kantonspolizei stellt im Bericht der Kopg fest, dass die Tagesmieten für Wohnungen mit einer Betriebsbewilligung gestiegen sind. «Tagesmieten von 100 Franken gehören langsam, aber sicher der Vergangenheit an», steht dort. Heute müsse eine Prostituierte

eher mit einer Miete von 150 Franken pro Tag rechnen. Im Bericht wird eingeräumt, dass die Mieten auch falsch deklariert werden könnten und also noch höher wären.

Vor allem aus dem krisengeschüttelten europäischen Süden kämen heute zehnmal mehr Frauen zur Prostitution in die Schweiz als noch vor vier Jahren, wie das Online-Magazin «Watson» kürzlich berichtete. In der Schweiz würden die Frauen relativ gute Bedingungen vorfinden, um ins Sexgewerbe einzusteigen. Der Trend halte auch 2015 an.

Prostituierte in Asylzentren

Die «NZZ am Sonntag» meldete, dass sich in Bern vermehrt Asylbewerberinnen aus Nigeria prostituierten würden. Dies geschehe zum Teil im nahen Umfeld der Asylzentren, sagte Alexander Ott, Leiter der Berner Fremdenpolizei. Weil es sehr schwierig zu beweisen sei, sei es bisher nie zu einem Strafverfahren gekommen.

Martha Wigger von Xenia dementiert diese Geschichte. «Wir können nicht bestätigen, dass sich vermehrt Asylbewerberinnen prostituierten», sagt sie. Xenia erhalte vielleicht zweimal im Jahr einen Anruf aus einem Asylzentrum. «Manchmal fragen uns Betreuer aus Asylzentren an, wenn sie die Befürchtung haben, eine Asylbewerberin würde sich prostituierten», sagt Wigger.

Bericht zum Prostitutionsgesetz

Im Kanton Bern gibt es in diesem Jahr 137 bewilligte Bordelle und Salons für Prostitution. Dies sind 18 mehr als im Vorjahr, wie im Bericht der Kommission für das Prostitutionsgewerbe (Kopg) steht. Im Bericht wird festgestellt, dass sich Prostituierte vermehrt in Privatwohnungen zurückziehen. Insbesondere die in der Kopg vertretene Fachstelle für Sexarbeit Xenia weist darauf hin, dass es dem Ziel des Prostitutionsgesetzes widerspreche, wenn Prostituierte als Folge des Gesetzes ihre Tätigkeit in Privatwohnungen verlegen. Das Gesetz über das Prostitutionsgewerbe ist ein Versuch, Prostituierte besser vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen. Dies ist aber nicht in jedem Fall möglich. Der Fremdenpolizei in Thun ist etwa aufgefallen, dass Sexarbeiterinnen vor Gesprächen mit der Polizei vermutlich durch Personen aus dem Milieu geschult werden. Daher sei es schwer herauszufinden, ob sich die Sexarbeiterinnen in allen Teilen freiwillig prostituierten. (nj)

Anzeige

Gartenmöbel

auf über 1500 m² Lounges, Liegen, Tische, Stühle...
Hochwertige Modelle mit super Rabatt

50%
auf sehr viele Artikel

z.B. Morocco
Teak/Edelstahl, Tisch und 2 Bänke
statt 599.- nur 299.-

bega-gartenmoebel.ch

BEGA
Gartenmöbel-Center

Worb
Bollstrasse 28, Tel. 031 839 81 00
Di - Fr 10 - 12, 13.30 - 18.30 Uhr
Sa 9 - 17 Uhr

Findungskommission sucht Nachfolger für Andreas Rickenbacher

Die SP setzt eine Findungskommission ein, um geeignete Regierungsratskandidaten zu suchen. Eine Ortssektion schlägt derweil Grossrat Christoph Ammann vor.

Durch den Rücktritt des Volkswirtschaftsrichters Andreas Rickenbacher (SP) von letzter Woche steht die rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat auf dem Spiel. Nun hat die SP die Suche nach aussichtsreichen Kandidaten für den frei werdenden Sitz offiziell eröffnet. Wie die Partei gestern mitteilte,

setzen die Sozialdemokraten auf die Dienste einer Findungskommission. Diese soll der Parteispitze geeignete Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren. Das entschied die Geschäftsleitung der Partei. Sie sei entschlossen, den Sitz von Rickenbacher und damit die rot-grüne Regierungsmehrheit zu verteidigen, heisst es im Communiqué.

Ammann oder Allemann

Für die Nachfolge Rickenbachers stünden viele renommierte Persönlichkeiten zur Auswahl, sagte SP-Parteipräsidentin Ursula Marti. «Wir verfügen sowohl auf nationaler wie kantonomaler Ebene über mehrere äusserst profi-

lierte Mitglieder.» Erste Personen hätten schon ihr Interesse angemeldet.

Tatsächlich werden schon mehrere mögliche Kandidaten gehandelt. Die SP Meiringen-Oberhasli portiert etwa den Meiringer Grossrat Christoph Ammann. Als Rektor des Gymnasiums Interlaken, ehemaliger Gemeindepräsident und Verwaltungsratspräsident einer Regionalbank im ganzen Kanton sei Ammann «sehr gut vernetzt» und bringe «eine grosse Führungserfahrung» mit, heisst es in der entsprechenden Mitteilung.

Hoch im Kurs steht auch Nationalrätin Evi Allemann, die ihrerseits bereits Interesse signalisiert hat. «Ein Exekutivamt im Kanton Bern reizt mich», sagte

sie vor einer Woche auf Anfrage des «Bund». Schliesslich wäre auch Nationalrat Matthias Aebischer als Regierungsratskandidat denkbar.

Brand oder Lanz

Die Bürgerlichen werden den Sitz der Linken nicht kampfflos überlassen. Allen voran die SVP fühlt sich als stärkste Partei des Kantons mit nur einem Regierungsrat im Gremium untervertreten. Peter Brand, Chef der SVP-Fraktion im Grossen Rat, hat sich bereits selber als Kandidat vorgeschlagen. Als potenziell aussichtsreichster Kandidat gilt aber der Thuner Stadtpräsident **Raphael Lanz**. (chl/sda)